



Newsletter

12.06.2009

Nr 21 /2009

Thema der Woche	1
Europa hat gewählt: Ergebnisse* und Reaktionen	1
Neues aus den Institutionen	5
Europäisches Parlament	5
Erste Plenarsitzung der neuen EU-Parlamentarier ab 14. Juli	5
Europäische Kommission	6
Kommissionspräsident Barroso kandidiert für zweite Amtszeit	6
Bessere Qualität der Badegewässer in der EU – Heimische Seen verlieren an Sauberkeit	9
Rat der Europäischen Union	9
Ministerrat verabschiedet Roaming-Verordnung	9
Termine	10
Europäische Kommission	10
Europäisches Parlament	10
Rat der Europäischen Union	10
Europäischer Gerichtshof	10
Sonstiges	11
Reflexion über Kunst und Behinderung – 33 Künstler der Europaregion Tirol begeistern in Brüssel	11
EU-Geld aus dem Globalisierungsfonds für Opfer der Wirtschaftskrise	13
Stellenausschreibungen	14
Gemeinsame Vertretung sucht Mitarbeiter/in für Sekretariat in Brüssel	14

*Vertretung der
Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU*

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
www.tirol.gv.at/europa*



Thema der Woche

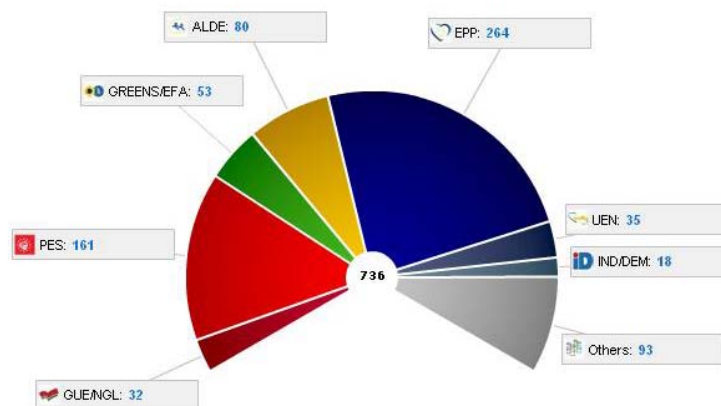
Europa hat gewählt: Ergebnisse* und Reaktionen

Aus der Europawahl, an der sich 161 Millionen Europäer beteiligt haben, gehen die Parteien der rechten Mitte gestärkt hervor. Die christdemokratisch-konservative Europäische Volkspartei (EVP) wird wie auch in der vergangenen Legislaturperiode die stärkste Fraktion stellen. Ihr relatives Gewicht innerhalb der europäischen Volksvertretung wurde durch die Wähler noch gestärkt. Zugewinne verbuchen auch die Grünen, während die sozialdemokratische Fraktion deutliche Einbußen hinnehmen muss.

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat bei den Wahlen zum EU-Parlament am 7. Juni 2009 ihren Platz als stärkste Kraft im EU-Parlament verteidigt. Sie wird laut vorläufigem Wahlergebnis mit 267 Abgeordneten in Straßburg und Brüssel vertreten sein. Insgesamt werden dem EU-Parlament künftig 736 Abgeordnete angehören. Die Sozialdemokraten erlitten Verluste: Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) wird künftig nur noch über 159 Sitze verfügen. Sie erreichte 21,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dagegen konnte die EVP trotz Abspaltung der britischen Konservativen und der tschechischen Demo-

kratischen Bürgerpartei (ODS) mit 36,3 Prozent weitestgehend ihr Ergebnis von 2004 halten.

Drittstärkste Kraft im EU-Parlament wurden die Liberalen, die nach leichten Verlusten mit 81 Sitzen (11 nach 12,7 Prozent) rechnen können. Danach folgten die Grünen mit 51 Mandaten (6,9 nach 5,3 Prozent), die als einzige Fraktion in absoluten Zahlen zulegen konnten. Die europäische Linke kann mit 35 Sitzen rechnen und stellt damit nach wie vor 4,8 Prozent der EU-Abgeordneten.



Zusammensetzung des neuen EU-Parlaments nach Mandaten; Stand 11. Juni 09

Auf die Ergebnisse der Europawahl reagierten die Vertreter der Liberalen, der Grünen und der Christdemokraten mit Genugtuung, während sich die Sozialdemokraten tief enttäuscht zeigten. Mit Sorge nahmen die Vorsitzenden der bisherigen Parlamentsfraktionen die rückläufige Wahlbeteiligung und das Erstarren von rechten und euroskeptischen Gruppierungen zur Kenntnis.

*: Bei den Ergebnissen handelt es sich zum Teil noch um Zwischenergebnisse, da aufgrund der unterschiedlichen Wahlmodalitäten in den Mitgliedstaaten noch nicht jedes Land die Endergebnisse veröffentlichen konnte.



Joseph Daul, der bisherige Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Demokraten (EVP-ED) sah die EVP als Gewinner der Wahl: *„Wir haben mindestens 100 Sitze mehr als die Sozialdemokraten. Solch ein Sieg bedeutet auch Verantwortung.“*

Martin Schulz, bisheriger Vorsitzender der SPE-Fraktion: *„Das ist ein sehr trauriger Abend für die Sozialdemokratie in Europa. Wir haben uns ein besseres Ergebnis erhofft. Ich würde lieber ein besseres Ergebnis kommentieren, aber man muss in der Demokratie das akzeptieren, was die Wählerinnen und Wähler einem geben.“*

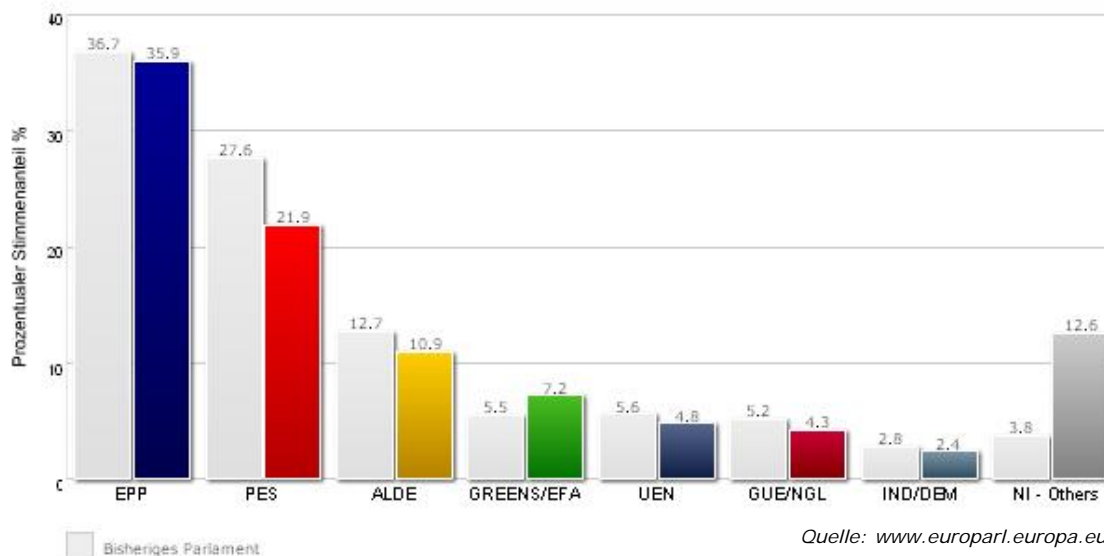
„Unsere Aufgaben bleiben die selben, das soziale Europa ist mehr denn je erforderlich“, fügte Schulz hinzu.

Graham Watson, bisheriger Vorsitzender der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bewertete das Ergebnis

positiv. Seine Fraktion werde in ähnlicher Stärke ins Europaparlament zurückkehren und weiterhin das Zünglein an der Waage zwischen Links und Rechts sein.

Er sprach außerdem vom bedauerlichen Anstieg der extremen Rechten und anderer Extremisten. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Folgen und Lehren der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Das vielfache Scheitern der Integration von Zuwanderern und eine allgemeine Desillusionierung gehörten zu den Ursachen für die zunehmende Hinwendung zu extremen und populistischen Parteien.

Daniel Cohn-Bendit, der bisherige Co-Vorsitzende der Grünen-Fraktion sagte, der deutliche Erfolg der Grünen zeige, dass die grüne Vision für das Europa der Zukunft Unterstützung bei den Wählern finde. Die Grünen und deren Erfolg sah er gewissermaßen als Gegenpol zum Erfolg jener die Europa zerstören wollten, der Euroskeptiker und der Rechtsextremen.



Prozentualer Stimmenanteil nach Parteien im Vergleich zu 2004; Stand 11. Juni 2009



Cristiana Muscardini, bisherige Co-Vorsitzende der Fraktion Union für ein Europa der Nationen, meinte, die Ergebnisse zeigten, dass die EU-Institutionen unbürokratisch auf die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft eingehen sollten. Die gestärkten Mitte-Rechts-Parteien hätten ein Ohr für die Sorgen der Menschen. In einigen Ländern müsse sich noch die Erkenntnis durchsetzen, dass das Europäische Parlament ein wichtiger Motor der weiteren Entwicklung in Europa darstelle. Trotz einer Wertekrise und der aktuellen Finanzkrise müsste Europa am Reformkurs festhalten, so die italienische Politikerin.

Francis Wurtz, bisheriger Fraktionschef der Vereinigten Europäische Linken/ Nordisch Grüne Linke: *„Die geringe Wahlbeteiligung muss uns alle beschäftigen. Ich glaube, es ist Ausdruck einer Vertrauenskrise viel zu vieler Europäer gegenüber dem Europa, wie es sich heute darstellt.“*

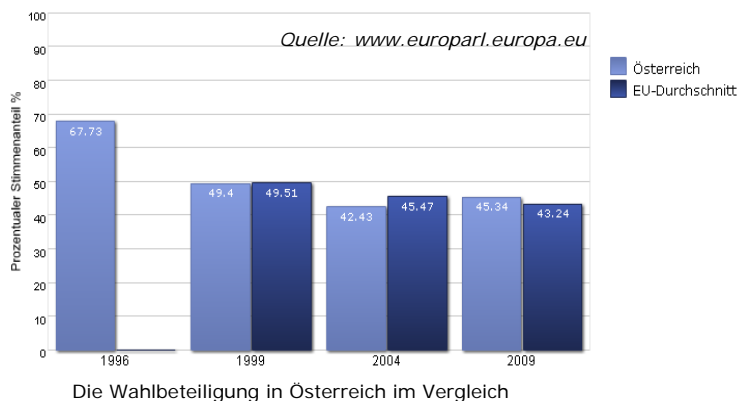
Nigel Farage, der bisherige Vorsitzende der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM): *„Der große Erfolg der UK Independence Party in Großbritannien und der LA.O.S. in Griechenland, werden es der IND/DEM-Fraktion ermöglichen, sich zu vergrößern und neue Mitglieder anzuwerben, um für ein demokratischer organisiertes Europa zu kämpfen, im Rahmen der EU oder außerhalb.“*

Graham Watson (Liberale) wies auf einen „relativen Mangel an Interesse der europäischen Bürger bei diesen Wahlen“ hin. Allerdings sei es schwierig zu ergründen, warum die Menschen sich nicht an Wahlen

beteiligen. *„Man könnte genauso gut annehmen, dass Menschen an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, da sie zufrieden sind, oder man kann es als ein Ausdruck von Unzufriedenheit bewerten.“*

Graham Watson und auch Joseph Daul (Europäische Volkspartei), beklagten den Mangel an wirklich europäischen Debatten in vielen Mitgliedsstaaten. Um diese zu anzukurbeln, sollte ihrer Meinung nach ein Teil der Europaparlamentarier über gesamt-europäischen Listen gewählt werden.

Die Zahlen zur Wahlbeteiligung in ganz Europa geben tatsächlich Grund zur Sorge und stellen die Europapolitik im Allgemeinen und die neuen EU-Abgeordneten im Speziellen vor eine schwierige Aufgabe. Die Bereitschaft, bei den Europawahlen eine Stimme abzugeben hat 2009 einen historischen Tiefstand erreicht. Bei den ersten freien EU-Wahlen 1979 (der EU gehörten neun Staaten an) betrug die Wahlbeteiligung noch 61,99 Prozent. Fünf Jahre später (zehn EU-Staaten) gaben 58,98 Prozent der wahlberechtigten EU-Bürger ihre Stimme ab, 1989 (EU 12) gingen 58,14 Prozent und fünf Jahre später (EU 12) 56,67 Prozent der Bürger wählen.





Im Jahr 1999 (EU 15) sank die Wahlbeteiligung mit 49,51 Prozent erstmals unter 50 Prozent, 2004 (EU 25) schritten 45,47 Prozent zur Urne. Heuer (EU 27) wurde mit etwa 43 Prozent der historische Tiefstand erreicht. Etwas höher als 2004 war die Beteiligung in Frankreich, Skandinavien und Polen.

Auch in Österreich wird die Wahlbeteiligung entgegen den Erwartungen höher ausfallen als 2004. Mit den 185.482 bis Dienstag eingelangten Briefwahl-Stimmen ist die Wahlbeteiligung bei der EU-Wahl schon auf 45,34 Prozent deutlich gestiegen. Kommen Montag, wenn die bis dahin noch einlangenden Briefwahl-Stimmen ausgezählt werden, wird die Beteiligung noch etwas steigen. "Amtlich" wird das Endergebnis nach der Sitzung der Bundeswahlbehörde am 24. Juni. Rund 6,4 Millionen Österreicher und EU-Bürger mit Wohnsitz in Österreich hatten am Sonntag die Chance, mit ihrer Stimme über Europas Zukunft mitzubestimmen. 2,7 Millionen nutzen diese Chance auch tatsächlich.

Auf die ÖVP entfielen laut Innenministerium 846.709 Stimmen (29,97 Prozent), auf die SPÖ 672.569 (23,81). Die „Liste Dr. Martin - für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit“ erreichte 501.054 Stimmen (17,74), die FPÖ 361.145 (12,78). Die Grünen wählten 275.197 Österreicher (9,74), das BZÖ 129.755 (4,59), die KPÖ 18.524 (0,66) und die Jungen Liberalen 20.009 (0,71).

Die Zwischenausählung der bis Mitte der Woche eingelangten Briefwahl-Stimmen

hatte - wie erwartet - eine Mandatsverschiebung bewirkt: Die SPÖ verlor eines ihrer fünf Mandate, die Grünen bekamen eines dazu. Damit stehen der ÖVP sechs der 17 österreichischen Sitze im EU-Parlament zu, der SPÖ vier, Hans Peter Martin drei, die FPÖ und die Grünen je zwei.

Für die Tirolerin Eva Lichtenberger von den Grünen bedeutet diese Mandatsverschiebung den sicheren Einzug ins EU-Parlament. Somit wird Tirol neben Eva Lichtenberger mit Richard Seeber von der ÖVP wieder mit zwei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten sein. Beide Abgeordneten erhielten in Tirol auch die meisten Vorzugsstimmen; im Verhältnis zu den gesamt für eine Partei abgegebenen Stimmen, gaben 13 Prozent der ÖVP-Tirol-Wähler dem Tiroler Spitzenkandidaten ihre Vorzugsstimme (absolut ca. 9000), rund 20 Prozent der grünen Wähler - also jeder fünfte (absolut 4.700) - votierten für Eva Lichtenberger.

Das BZÖ ist bei den Mandaten leer ausgegangen. Es muss - wie die SPÖ auch - darauf hoffen, dass der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt. Dann stehen Österreich 19 Mandate zu. Eines davon würde laut der ARGE Wahlen das BZÖ bekommen, eines die SPÖ.

Die aktuellsten Endergebnisse, Tabellen und Grafiken finden Sie auf der Internetseite des Europäischen Parlaments:

http://www.elections2009-results.eu/de/index_de.html



Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

Erste Plenarsitzung der neuen EU-Parlamentarier ab 14. Juli

Die neu gewählten Europa-Abgeordneten werden sich in der Woche des 14. Juli 2009 zum ersten Mal zu einer Plenarversammlung in Straßburg treffen. Während dieser Sitzung wählen die Parlamentarier unter Leitung des bisherigen Präsidenten Hans-Gert Pöttering in geheimer Wahl einen neuen Parlamentspräsidenten sowie 14 Vizepräsidenten für die erste Hälfte der Legislaturperiode, d.h. für zweieinhalb Jahre.



Quelle: www.europarl.europa.eu

Am 14. Juli kommen die Abgeordneten erstmals nach Straßburg

Die ersten Sitzungen der bisherigen Fraktionen finden Mitte Juni in Brüssel statt, um die konstituierende Sitzung des Parlaments und die fraktionsinterne Arbeit vorzubereiten. Die bereits bestehenden Fraktionen

treffen erste Entscheidungen über die eigene Führungsebene. In den kommenden Wochen wird auch geklärt werden, welchen Fraktionen sich die Abgeordneten letztlich anschließen, deren Parteien und Listenverbindungen nicht zu den bisherigen Fraktionen gehören. Mit Spannung wird erwartet, ob neue Fraktionen gebildet werden.

Die britischen und die tschechischen Konservativen haben bereits vor der Wahl deutlich gemacht, dass sie anstreben, eine neue Fraktion zu gründen. Allerdings sind dafür Abgeordnete aus weiteren Mitgliedsstaaten notwendig.

Die bisherige Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie IND/DEM kann nur fortbestehen, wenn sie neue Mitglieder findet, da die bisherigen Mitgliedsparteien zusammen nicht auf die 25 Abgeordneten kommen, die für einen Status als Fraktion notwendig sind.

Grundsätzlich sind die Abgeordneten allerdings nicht gezwungen, sich einer Fraktion anzuschließen. So waren beispielsweise die beiden österreichischen Abgeordneten Hans-Peter Martin und Andreas Mölzer in der vergangenen Legislaturperiode keiner Fraktion zugeordnet.

Auch auf der Tagesordnung der ersten Plenartagung stehen wird voraussichtlich die Bestätigung des EU-Kommissionspräsidenten. Die Staats- und Regierungschefs werden sich beim EU-Gipfel am 18. und 19. Juni 2009 mit seiner Nominierung befassen. Das Mandat der aktuellen Kommissionsspitze läuft in diesem Herbst aus.



Die durch die Europawahl gestärkte Europäische Volkspartei (EVP) setzt sich für den jetzigen Amtsinhaber José Manuel Barroso ein und auch verschiedene Regierungschefs haben Zustimmung zu einem zweiten Mandat für den Portugiesen signalisiert, während die Sozialdemokraten Europaparlament eine Zustimmung für eine zweite Amtszeit Barrosos in Frage gestellt haben und die Grünen die Ablehnung Barrosos zum Wahlkampfthema gemacht hatten. Der derzeitige Kommissionschef Jose Manuel Barroso hat - siehe nächster Artikel - am Dienstag offiziell erklärt, für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen.

Sollte das Europaparlament einen Kandidaten als zukünftigen Kommissionspräsidenten bestätigen, würde dieser dann in den kommenden Monaten Mitgliedsstaaten und die Parlamentsfraktionen konsultieren, wer zukünftig die verschiedenen Ressorts leiten soll, wobei das Vorschlagsrecht bei den Mitgliedsstaaten liegt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

Europäische Kommission

Kommissionspräsident Barroso kandidiert für zweite Amtszeit

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat sich zur Kandidatur für eine zweite Amtszeit bereit erklärt. Barroso sagte am Dienstag, den 9.

Juni nach einem Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsident Jan Fischer zur Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs kommende Woche unter anderem: *"Das Wahlergebnis für das Europäische Parlament liegt nun vor, was mir erlaubt, meine eigenen Absichten zu konkretisieren. Ich habe oft gesagt, dass ich mich privilegiert fühle, Präsident der Europäischen Kommission zu sein. Ich fühle mich daher auch geehrt, dass der Präsident des Europäischen Rates mich gefragt hat, ob er mich für eine zweite Amtszeit vorschlagen darf. Ich habe mein Einverständnis dazu erklärt."*



Quelle: www.ftd.de

Kommissionspräsident Barroso wurde zum europäischen Bürger des Jahres 2009 gewählt

"Ich werde versuchen, auf der Tagung des Europäischen Rates die Zustimmung für das ehrgeizige Paket zur Finanzaufsicht einzuholen. Ich möchte, dass wir basierend auf den Vorschlägen der Kommission einen Arbeitsplan für die schnelle Annahme von Vorschlägen für Rechtsakte vereinbaren, die die Architektur des künftigen Finanzsystems schaffen werden. Ich werde mich auch bemühen, Einigung über die in der



Mitteilung der Kommission zum Thema „Beschäftigung“ vorgesehenen Aktionen zu erzielen. Dieses Thema ist ja besonders wichtig für unsere Bürger. Außerdem werde ich auf der Konferenz in Kopenhagen unsere Ansichten dazu darlegen, wie man mit internationalen Partnern zusammenarbeiten muss, um ein ehrgeiziges Paket zum Kampf gegen den Klimawandel auszuarbeiten.“

„Ich möchte, dass wir der irischen Regierung das geben, was sie braucht, um ein zweites Referendum zum Vertrag von Lissabon durchzuführen. Aus diesem Grund hoffe ich, dass wir uns schnell über die im Dezember angenommenen Verpflichtungen einigen werden. Diese Zustimmung setzt voraus, dass sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament das ehrgeizige politische Programm, das ich für die nächsten fünf Jahre vorschlagen werde, zu Eigen machen werden. Ich glaube, dass wir in Krisenzeiten eine starke Kommission und eine starke Europäische Union brauchen. Wir brauchen ein Europa, das weltweit die Führung in der Bekämpfung des Klimawandels behält, zugleich innovativ ist und neue Chancen für die wirtschaftlich Handelnden schafft.“

Dem 53-jährigen Portugiesen werden gute Chancen zugesagt, für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt zu werden. Die EU-Kommission wird grundsätzlich alle fünf Jahre binnen sechs Monaten nach der Wahl des Europäischen Parlaments neu besetzt. Der Kommissionspräsident wird vom Rat der EU-Staats- und Regierungschefs vor-

geschlagen und benötigt ein Zustimmungsvotum des Parlaments. Dieses dürfte Barroso nach dem Erfolg der Europäischen Volkspartei (EVP) bei den EU-Parlamentswahlen nicht versagt bleiben. Die Staats- und Regierungschefs werden voraussichtlich bei ihrem Gipfeltreffen am 18. und 19. Juni 2009 in Brüssel über den neuen Kommissionschef beraten.

Link: Erklärung von Kommissionspräsident Barroso (englisch):

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/statement_20090609_en.pdf

Infobox: Neue Kommission – Vertrag von Nizza oder Lissabon?

Prinzipiell sind sich die Staats- und Regierungschefs sowie Experten noch uneins, nach welchem Verfahren die neue Kommission überhaupt entstehen soll. Geht es nach dem EVP-Vorsitzenden Joseph Daul, soll Kommissionspräsident José Manuel Barroso noch im Juni im Amt bestätigt werden, und zwar noch nach dem seit 2003 geltenden EU-Vertragswerk von Nizza.

Die weiteren Kommissare würden nach dem Kompromiss erst später - dann auf Grundlage des Lissabon-Vertrags ernannt und bestätigt werden. Dieser sieht ab 2014 eine verkleinerte Kommission vor. Kompliziert wird die Kommissions-Findung durch die Unsicherheit, ob der Vertrag von Lissabon in Irland angenommen und in Deutschland für verfassungsgemäß erklärt wird. Der Europäische Rat will kommende Woche die Modalitäten der Kommissionsfindung und eine vorgezogene Bestätigung Barrosos besprechen.

Am 30. Juni wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit des Vertrags von Lissabon



fallen. In Irland geht der Lissabon-Vertrag im Oktober in ein neues Referendum - die Zustimmung dazu ist in der Krise gewachsen. Zum endgültigen Inkrafttreten bleiben noch die fehlenden Unterschriften der Staatspräsidenten Polens, Lech Kaczynski, und Tschechiens, Vaclav Klaus.

Seitens der Staats- und Regierungschefs wird auch die Möglichkeit diskutiert, die Amtszeit der jetzigen 27 Kommissare bis nach dem zweiten irischen Referendum im Oktober 2009 zu verlängern.

Die schwedische EU-Präsidentschaft hat bereits verkündet, dass sie ihren Herbstgipfel vom 5. bis 6. November 2009 abhalten wird, weitaus später als üblich, um angemessen auf das Ergebnis des irischen Referendums zu reagieren und gegebenenfalls eine rasche Umsetzung des Vertrages von Lissabon sicherzustellen.

Sollte Irland mit "Ja" stimmen, und würde der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, dann gelten auch die Unterschriften der Staatspräsidenten Polens und Tschechiens als wahrscheinlich. In diesem Fall würde die neue Kommission mit vorerst 27 Kommissaren - also jeweils einem pro Land - wieder ernannt werden.

Sollte Irland mit "Nein" stimmen, würde die Lage kritischer: Um mit den Vorgaben von Nizza überein zu stimmen, müsste die Kommission um ein Mitglied reduziert werden. Daher könnte der Gipfel im November sich entweder auf ein Rotationsprinzip der Geschäftsbereiche einigen oder, alternativ dazu, die Anzahl der Kommissare um einen reduzieren und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik de facto als Kommissar zählen.

Rein rechtlich gestaltet sich die Situation folgendermaßen:

Gelten zum Zeitpunkt der Ernennung der neuen Kommission die Regeln des Vertrages von Nizza, ist primärrechtlich festgelegt, dass die Zahl der Kommissare unter der Zahl der Mitgliedstaaten zu liegen hat

(Artikel 213 EG in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 des Protokolls über die Erweiterung der Europäischen Union).

Gilt zum Zeitpunkt der Kommissionsernennung der Vertrag von Lissabon, bleibt es bis zum 31. Oktober 2014 bei einem Kommissar pro Mitgliedstaat. Nach diesem Zeitpunkt entspricht die Zahl der Kommissare zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten. Zudem könnte der Rat einstimmig eine Änderung der Zahl der Kommissare beschließen. Die Festlegung der Kommissionsgröße im Rat wird zunächst abzuwarten sein, wobei immer wieder von einem Kollegium mit 18 Kommissaren die Rede ist.

Genau diese Verringerung der Kommission will Irland aber verhindern und hat den anderen EU-Ländern bereits Ende des letzten Jahres Zugeständnisse abgerungen. Die Iren wollen unter anderem Klarstellungen zu Vertragsteilen, die zu Unruhe geführt hatten und die Versicherung, dass jedes Mitgliedsland seinen Kommissar in Brüssel behält. Auf ihrem Gipfel am 18/19. Juni wollen die Regierungen das Paket für Irland beschließen. Mit den Zugeständnissen als politischem Erfolg will Cowen, der irische Premier, im Herbst eine zweite Abstimmung über Lissabon wagen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)



Bessere Qualität der Badegewässer in der EU – Heimische Seen verlieren an Sauberkeit

Am Donnerstag dieser Woche haben die Europäische Kommission und die Europäische Umweltagentur (EEA) den jährlichen Bericht über die Qualität der Badegewässer vorgestellt. Aus dem Bericht geht hervor, dass die überwiegende Mehrzahl der Badeorte in der EU 2008 den Hygienestandards entsprachen. Während dieser Badesaison erfüllten etwa 96 % der Badegewässer an der Küste und 92 % der Badegewässer in Flüssen und Seen die Mindestanforderungen.

Hierzu erklärte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas: *„Gute Badegewässerqualität ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlergehen der europäischen Bürger und für die Umwelt - und dies gilt auch für alle anderen Gewässer. Ich freue mich festzustellen, dass sich die Qualität aller Badegewässer in der EU verbessert.“*

Während sich seit 1990 europaweit die Qualität der Badegewässer insgesamt deutlich verbessert, nimmt die Sauberkeit der heimischen Seen schon im zweiten Jahr in Folge leicht ab. Insgesamt wurden sieben Seen in Österreich beanstandet und auf eine "Rote Liste" gesetzt. Darunter befindet sich auch der kleine Tiroler Badesees „Überwasser“ in Ladis, der die strengen Kriterien der EU-Kommission nicht erfüllen konnte.

Im EU-Bericht heißt es, dass auch bei den jetzt auf die Rote Liste gesetzten Gewäs-

sern in Österreich keine Gesundheitsgefahr für Badende ausgehe.

Zur Feststellung der Qualität werden Badegewässer anhand einer Reihe von physikalischen, chemischen und mikrobiologischen Parametern getestet, für die in der Badegewässer-Richtlinie verbindliche Werte vorgeschrieben sind. Die Mitgliedstaaten müssen die verbindlichen Werte einhalten, können aber auch strengere Vorschriften oder unverbindliche Richtwerte festlegen.

[Die detaillierten Berichte aller Länder finden Sie hier:](#)

http://ec.europa.eu/environment/water/water-bathing/report_2009.html

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

Rat der Europäischen Union

Ministerrat verabschiedet Roaming-Verordnung

Nach Zustimmung des Europaparlaments gaben nun auch die 27 EU-Mitgliedsländer grünes Licht zu den neuen EU-Roamingvorschriften, die das Telefonieren mit dem Handy im Ausland nochmals billiger machen. Der EU-Ministerrat hat am Montag förmlich die neuen Roaming-Vorschriften der Union verabschiedet.



Damit gilt ab 1. Juli in allen 27 Mitgliedsstaaten eine Preisobergrenze für SMS und Datentransfer. So darf eine aus dem Ausland versandte SMS maximal 0,11 Euro (ohne Mehrwertsteuer) kosten. Im Datenroaming werden nicht die Endkunden-, sondern die "Großhandelspreise" reguliert; das Vorleistungsentgelt beträgt aber immer noch einen Euro pro übertragenes Megabyte. Vorher, so die Kommission, sei der EU-Durchschnitt bei 1,68 Euro gelegen. Zum unbekümmerten UMTS-Surfen im EU-Ausland sind die Preise aber auch nach diesem Regulierungsschritt zu hoch.

Ab 1. Juli können sich Verbraucher auch dadurch vor zu hohen Roaming-Kosten schützen, dass sie mit ihrem Provider eine Abmachung treffen, nach der der Dienst unterbrochen wird, sobald ein Rechnungsbetrag von 50 Euro erreicht wird.

In der Sprachtelefonie gilt der Grundsatz der sekundengenauen Abrechnung - allerdings erst nach 30 Sekunden bei ausgehenden Telefonaten. Bei eingehenden Telefonaten gilt er bereits ab der ersten Sekunde.

Die Nettohöchstpreise für ausgehende Anrufe im Ausland werden von 0,46 auf 0,43 Euro und für empfangene Anrufe von 0,22 auf 0,19 Euro gesenkt.

Mit der Annahme im Rat ist der letzte Schritt des Gesetzgebungsverfahrens abgeschlossen, so dass der Präsident des Europäischen Parlaments und der Vorsitzende des Rates die Verordnung am 18. Juni förmlich unterzeichnen können. Einige Ta-

ge später kann sie dann im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.

Termine

Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung findet am **14. Juli 2009** in Straßburg statt.

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung in Straßburg finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)



Sonstiges

Reflexion über Kunst und Behinderung – 33 Künstler der Europaregion Tirol begeistern in Brüssel

Vom 25. Mai bis 6. Juni fanden in Brüssel gleich zwei Ausstellungen von Tiroler, Südtiroler und Trentiner Künstlern statt: „Träume tragen den Körper“, eine gemeinsame Ausstellung von Künstlern mit und ohne Behinderung im Ausschuss der Regionen und eine weitere Ausstellung mit Werken von Gabriela Nepo-Stieldorf und Martin Bruch in der gemeinsamen Vertretung Tirols, Südtirols und des Trentino bei der EU.



Foto: Stefano La Croce

v.l.: Die Künstlerin Gabriela Nepo-Stieldorf; der Ständige Vertreter Österreichs bei der EU, Dr. Hans-Dietmar Schweisgut; Raffaella Norcia, Ausschuss der Regionen

Eine Partnerschaft zwischen den Zivilinvalidenverbänden der Länder der Europaregion war Ausgangspunkt für dieses gemeinsame überregionale Kunstprojekt. Unter der

Schirmherrschaft des Ausschusses der Regionen, der drei Landeshauptleute der Europaregion Günther Platter, Luis Durnwalder und Lorenzo Dellai und unter Betreuung der Kuratoren Giangiorgio Gruber aus Trient und Gabriela Nepo-Stieldorf aus Innsbruck waren vom 25. bis zum 29. Mai Werke von 33 Künstlern aus Tirol, Südtirol und Trient zu sehen. Das Spektrum unterschiedlichster Techniken reichte von Fotos, Gemälden bis zu Installationen und Plastiken.

Die Ausstellung visualisiert Gesellschaft, Normen und Menschen mit Behinderung in all ihren Facetten. Gemeinsam versuchen behinderte und nicht behinderte Künstler eine Annäherung an diese Thematik zu schaffen, im Bewusstsein, dass sie Teil unseres Alltages ist.

Im Beisein der Vertreter der Zivilinvalidenverbände, Karl Thaler aus Südtirol und Silvano Bonvecchio aus Trient, den beiden Kuratoren, Vertretern der drei Regionen und zahlreichen internationalen Gästen wurde die Ausstellung eröffnet. Der Leiter der Tiroler Vertretung in Brüssel Christian Bidner führte im Namen der gemeinsamen Vertretung Tirol – Südtirol –Trentino in seinen Grußworten aus, dass man beim Thema „Menschen mit Behinderung“ Worte sorgfältig wählen sollte. Man müsse darauf achten, die Behinderung von Menschen nicht dort künstlich zu strapazieren und zu erwähnen, wo sie keine Rolle spiele – wie beispielsweise in der künstlerischen Ausdrucksfähigkeit. Darüber ohne Notwendigkeit zu reden, nur um etwa eine Rede inte-

ressanter zu machen, könne auch eine versteckte Form einer Diskriminierung sein. Er mahnte in diesem Sinne, die Behinderung von Menschen nicht für inferiore Gründe zu benutzen oder gar zu missbrauchen und appellierte daher hier mit großer Vorsicht und Behutsamkeit umzugehen.



Foto: Stefano La Croce

Installation "Boudoir de M.me Lempicka" von Nepo-Stieldorf im Tirol-Büro

Anschließend luden der Landeshauptmann von Tirol Günther Platter und die Tiroler Vertretung in Brüssel zu einer Ausstellung der Tiroler Künstler Gabriela Nepo-Stieldorf und Martin Bruch in die gemeinsame Vertretung Tirol, Südtirol und Trentino. Dr. Bidner durfte zahlreiche interessierte Gäste begrüßen, darunter auch Vertreter der europäischen Institutionen. Der Ständige Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union Botschafter Hans-Dietmar Schweisgut richtete sich in seiner Eröffnungsrede an die Besucher und die anwesende Künstlerin. Für ihn stelle das Wiedersehen mit Frau Nepo-Stieldorf in Brüssel eine besondere Freude dar, da sie sich seit ihrer Studienzeit kennen.

Nach den persönlichen Worten des Botschafters führte der Direktor einer Brüsseler Kunstschule „Ecole d'Art d'Uccle“ Patrick Picarelle in einem Vortrag in das Schaffen der Künstlerin ein: *„Die Plastiken mit erkennbar weiblichen Körpern erinnern in ihrer Symbolik an die Venus von Willendorf und bedürfen daher keiner Interpretation – der Betrachter erkennt das Grundmotiv, welches ihn veranlassen soll, seiner eigenen Phantasie freien Lauf zu lassen. Wesentlich sei der Künstlerin durch unvollendete Formen die Bewegung geistig in den Raum weiterzuführen.“* Nepo-Stieldorf hierzu: *„Die Installation des ‚Boudoir der M.me Lempicka‘ fand im Salon des Tirol-Büros eine perfekt formale und geistige Umhüllung.“* Mit besonderem Nachdruck verwies er auch auf die „Bruchlandungen“ von Martin Bruch, einer Fotoanthologie, in der der an Multipler Sklerose erkrankte gebürtige Haller Künstler 307 Stürze aus seinem Rollstuhl fotografisch unter Festhalten von Ort, Datum und Uhrzeit dokumentiert. Bruch hierzu: *„Manchmal bestand keine Möglichkeit, ein Foto zu machen, auf Rolltreppen oder im Eingang zum Gasthof ‚Zur Goldenen Glocke‘, wo ich den Fotoapparat nicht aus meinem Umhängetascherl gebracht habe, weil zwei Kellner nervös an mir gezerrt haben, um mich samt Rollstuhl wieder aufzustellen. [...] Ich lebe und das Leben macht Spaß!“* Im Kaminzimmer der Vertretung wurden auch zwei seiner Videos vorgeführt, sensible gesellschaftliche Filmexperimente, die zum Nachdenken über Öffentlichkeit und Behinderung anregen sollen.



[Zurück zum Inhaltsverzeichnis...](#)

EU-Geld aus dem Globalisierungsfonds für Opfer der Wirtschaftskrise

Die EU will Opfern der Wirtschaftskrise schneller helfen. 500 Millionen Euro stehen für Umschulungen und Jobsuche bereit. Das Geld kommt aus dem so genannten Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, kurz EGF, der die Aufgabe verfolgt die Wiedereingliederung von Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt unterstützen, die aufgrund von Veränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind.

Der EGF kann aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bis zu 24 Monaten finanzieren, die ganz auf die Unterstützung der betroffenen Arbeitskräfte abgestellt sind. Dazu zählen:

- Unterstützung bei der Arbeitssuche, Berufsberatung, auf die Person zugeschnittene Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen – insbesondere zum Erwerb von IKT-Qualifikationen, Förderung des Unternehmertums oder Beihilfe zur Unternehmensgründung;
- spezielle zeitlich begrenzte Maßnahmen für Beschäftigte wie zum Beispiel Beihilfen für die Arbeitssuche, Mobilitätsbeihilfen oder Beihilfen für Personen, die an Lern- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Die Mitgliedstaaten können die Hilfe unter Berücksichtigung weiterer Kriterien prinzipiell ab 500 Kündigungen abrufen. Anträge auf Unterstützung durch den Fonds werden von den Mitgliedstaaten eingereicht. Einzelpersonen, repräsentative Organisationen oder Unternehmen, die durch Entlassungen betroffen sind und die Hilfe des Fonds in Anspruch nehmen möchten, sollten sich mit den zuständigen Behörden in ihrem Land in Verbindung setzen. Anträge bei der EU-Kommission können seit Mai eingereicht werden und werden in Österreich zentral über das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz abgewickelt.

[Ansprechperson für Österreich:](#)

Dr. Margarete Höbarth

Sektion Arbeitsmarkt

A-1011 Wien, Stubenring 1

Tel.: +43 (01) 71100-2005

Fax: +43 (01) 71100-6049

Mail: margarete.hoebarth@bmask.gv.at

Allgemeine Informationen zum EGF:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de>



Stellenausschreibungen

Gemeinsame Vertretung sucht Mitarbeiter/in für Sekretariat in Brüssel

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vertretung der Europaregion Tirol – Südtirol/Alto Adige – Trentino sucht für einen baldmöglichen Eintritt einen/eine Mitarbeiter/in für das gemeinsame Sekretariat, und wir möchten Sie bitten, diese Stellenausschreibung an Interessierte weiter zu leiten.

<http://communications.alpeuregio.eu/Offre%20d%27emploi.pdf>

Impressum:

Vertretung des Landes Tirol bei der EU, Rue de Pascale
45-47, B – 1040 Brüssel, T: +32 (0)27432701,
F: +32 (2)7420980, E: info@alpeuregio.eu

Redaktion & Bearbeitung:

© Dr. Christian Bidner, Stefano La Croce